

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung



Gräf Potodowsky über den Zolltarif.

Am Freitag gab in der Zolltarifkommission des Reichstages der Staatssekretär Graf Potodowsky eine scharfe Erklärung gegen die sozialdemokratischen Gegner des Zolltarifs ab, weil sie mit ihren Anträgen auf Zollfreiheit für alle Positionen des Zolltarifs, für Rohstoffe, Halbfabrikate und Ganzfabrikate, das Zustandekommen des Zolltarifs und der Handelsverträge zu vereiteln suchten.

Die Kritik der Sozialdemokratie wollen wir an dieser Stelle nicht kritisieren; sie glauben, damit ihren Parteigrundsätzen entsprechend zu handeln und führen sich frei von der Verantwortung, der sie keine andere Partei, welcher es ersichtlich darum zu thun ist, Deutschlands Handel und Gewerbe für eine Reihe Jahre Ruhe und Sicherheit zu verschaffen antizipieren kann. Diefes Ziel thun die sozialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit praktisch keinen Abbruch.

Wenn es der Regierung gelingen sollte, Handelsverträge abzuschließen, die den Wünschen der Agrarier nicht entsprechen und deshalb von ihnen befehmigt werden, so werden die Sozialdemokraten, wie sie es vor zehn Jahren gethan haben, schließlich gegen die agrarische Opposition für die Handelsverträge stimmen.

Dass der Staatssekretär ein möglichst schnelles Zustandekommen des Zolltarifs wünscht, ist erklärlich. Aber nicht die Opposition der freihändlerischen Kreise verbietet es, sondern die agrarische Mehrheit, dieselbe Mehrheit, auf deren Unterstützung die Regierung sich von vornherein angewiesen hat, als sie sich, den vom Grafen Potodowsky gegebenen Anweisungen folgend, zur Ausarbeitung eines neuen, den jetzt geltenden Tarif vollständig bestehenden Zolltarifentwurfs entschloss.

Das Walliser Brief. Dr. Hans W. Fischer. Das Wallis zieht sich längs dem oberen Laufe der Rhone zwischen den höchsten Erhebungen der Schweiz, den Berner und den penninischen Alpen, hin. Seinen Eingang sperrt die eine der beiden Schweizer Bundesfestungen, St. Maurice; an seinem Ausgang führt die Simplonstraße in die Ebene von Italien. Bei St. Maurice wurde unter Kaiser Maximilian die thebanische Region niedergemacht, weil sie sich zum Christentum bekannnte; ein Ereignis, das infolgedessen keine Wichtigkeit beizubehalten hat, als es einen großen Teil der Schweiz mit Vorkatholikern verlor.

* Die Berichte von dem Weggange des Gouverneurs Scitovius aus Schweden... Der Gedankengang des italienischen Botschafters... Der Gedankengang des italienischen Botschafters... Der Gedankengang des italienischen Botschafters...

Der Gedankengang des italienischen Botschafters... Der Gedankengang des italienischen Botschafters... Der Gedankengang des italienischen Botschafters...

Der Gedankengang des italienischen Botschafters... Der Gedankengang des italienischen Botschafters... Der Gedankengang des italienischen Botschafters...

Die Ordensfrage in der badischen Kammer.

Kurz vor Schluss des badischen Landtages gab es noch eine kleine Kulturkampfdebatte. Die Stimmung war diesmal ziemlich friedlich. Die Herren vom Centrum sind sehr loyal geworden und schlagen jetzt die kaisertreue Linie an. Am Ministerium steht ja der gestorbene, konsequente Centrumsgegner Böckl, und das heutige Ministerium hat den Centrumsführer Herr Weller anstatt des Ministeriums der Gerechtigkeit, das heißt der Rechtsgeschichte getauscht.

Die zweite Kammer hält es im Interesse der Förderung des Friedens für unangebracht, daß der Streit wegen der Zulassung von Männern in Baden beibehalten werde, und erklärt, daß sie nichts dagegen zu erinnern findet, wenn die großherzogliche Regierung in Anwendung des im nach § 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 geltenden Gesetzes die Genehmigung des Auftrags, daß einige solche Männer zugelassen werden.

Die Hügel, an denen sie hingelagert ist. Zwischen diesen Erhebungen hin ziehen sich Reste von Befestigungen, und hier, in die alten Gemäuer, zum Teil in den lebendigen Fels hineingebaut, liegt das Chauxer der neuen Leute. Man geht treppauf, treppab, zwischen massen Mauerwerk, auf stolzen Straßen, deren Seitenwände man mit gepflasterten Armen bequemer erreicht, unter düsternen, unendlich abwechselnden Thorwegen weg. Das Souterrain mancher Häuser ist höhlenartig in den Fels vertieft, die seltenen Terrassenanlagen sind aus unbauenen Blöcken notwendig zusammengeschichtet.

wägungen und Verhandlungen vorausgehen zur Feststellung der näheren Modalitäten, unter denen etwa jenen Anträgen entsprochen werden könnte, so weiß man ungefähr, was man darunter zu verstehen hat. Regierung und Kirche sind noch über den Preis des Objekts nicht einig. Was die Regierung für die Kloster einhandeln möchte, das freilich ruft noch im Schooße der Götter.

Die nationalliberale Fraktion ließ durch ihren Führer Dr. Wilkens verhandeln, daß sie von der Regierung erwartete, daß sie von ihrem Rechte der Ebenbürtigkeit nach aller Tradition keinen Gebrauch machen würde. Die lange Rede brachte nichts Neues. Das wäre nicht schlimm, aber sie wirkte auch nicht überzeugend. Es ist gewiß richtig, daß durch zwei oder drei Klöster nur der Appetit der katholischen Kirche gereizt würde, und da sie einen großen Magen hat, sie wohlgeschmeckt bald mit neuen größeren Forderungen an den Staat heranträte. Aber — eine Partei wie die nationalliberale, die erst vor acht Tagen große Summen für katholische Klöster bewilligt hat, deren Gegner der Staat, wie der Minister selber betonte, keine Verpflichtung hat, um dann gegen die Klöster zu agitieren, kann nicht mehr exist genommen werden.

Herr Weller, der geschickte Centrumsführer, hat zweifelslos Recht, wenn er die Erklärung des Kultusministers als ein Entgegenkommen bezeichnet. Wenn er aber dem Landtage das Recht abspricht, der Regierung in dieser Frage etwas hinzuzureden, dann begeißelt man nicht, wozu diese Resolution überhaupt eingebracht worden ist. Das schöne Wort, daß diese Frage keine politische, sondern eine Freiheitsfrage ist, nimmt sich wie ein Sophos an. Man weiß ja, welchen Gehorsam das Centrum von der Freiheit macht, wo es die Macht befreit.

Die Resolution hat die Majorität der zweiten Kammer gefunden, und das war vorauszusetzen. Auf der linken Seite des Hauses mußte man das Bedürfnis für Klöster in Baden verneinen, aber alle Parteien, die nicht grundsätzlich kulturkämpferisch sind, konnten nichts dagegen einwenden, daß der Regierung das Recht eingeräumt wird, gelegentlich zu handeln. Wie die Verhältnisse heute liegen, ist gar kein Zweifel mehr, daß Baden nächstens mit einigen Männerkreisen beglückt wird. Die Frage ist nur noch, wann, wo und um welchen Preis.

Eine indirekte, aber sehr deutliche Abstimmung hat der Prinzregent von Bayern den ultimantönen Krachern in Falle Landmann zu Teil werden lassen. In der Sitzung „Allg. Ztg.“ erschien vor einigen Tagen ein Artikel, der sich gegen den Kultusminister v. Baumgarten richtete. Der liberale „Bayerische Kur.“ behauptete darauf, es sei ihm von den verschiedensten und glaubwürdigsten Seiten mitgeteilt worden, daß dieser Artikel wie auch die vorher schon in der „Allg. Ztg.“ gegen den Kultusminister gerichteten Anschuldigungen bei Herrn Paul Sigismund Ritter v. Braun, königlichen Oberregierungsrath, verwendet in der Geheimkanzlei des Prinzregenten, zum Verfasser habe. Das Wort knüpfte an diese „ungeheuerliche Thatsache“ die formelle Anfrage an die maßgebenden Stellen, ob sie von diesen Unrechtsberei eines hohen Beamten Kenntnis habe. Die „Allg. Ztg.“ bezeichnet diese Behauptung als eine recht gewöhnliche Angelegenheit. Da aber das liberale Blatt nicht immer nicht klein bergab, so hat jetzt der Prinzregent persönlich eingegriffen. Wie aus Mündlichem amtlich gemeldet wird, hat der Vorstand der Geheimkanzlei des Prinzregenten, Generalleutnant und Generaladjutant Freiherr v. Wiedenmann, einen kürzeren Urlaub angetreten; mit der Führung der Geschäfte der Geheimkanzlei wurde der Major v. Bötticher beauftragt. Das aber das liberale Blatt nicht immer nicht klein bergab, so hat jetzt der Prinzregent persönlich eingegriffen.

der oberen Stadt verschoben und lassen ahnen, daß sich die Schlingel des Heiligen zum Wod noch eine hunderte Dehlinge leisten können. Die Spuren jahrhundertlangender Mithrwirtschaft finden sich überall im Tale, vielleicht jedoch nirgends so in die Augen fallend wie gerade in der Hauptstadt. Auch im Oberwallis, dessen Bewohner eine Art von Deusch zwischen den Zählern hervorheben, macht nur Zug eingermahnen eine Ausnahme. Als Endpunkt der Jura-Simplonbahn hat es durch den Zugang fremder, namentlich italienischer Arbeiter, die am Simplon-Tunnel arbeiten das Gewirge einer industriell thätigen Stadt erhalten. Die Straße vom Bahnhof nach der Stadt weist fast nur italienische Arbeiter und Arbeiterinnen auf. In der Schweiz baut man jetzt eifrig Tunnel. Dem Gotthard-Tunnel, der Deutschland und die Mittelschweiz mit Italien verbindet, tritt demnach der noch mächtigere Simplon-Durchstich an die Seite. Er soll den Verkehr der Westschweiz und Frankreichs mit Italien vermitteln. Frankreich wird freilich Probe, denn es hat selbst den solbarnen Mont Genis zerbaut, aber alle an der Jura-Simplon-Bahn gelegenen Stationen arbeiten mit großem Eifer an dem Werke. Im Osten der Schweiz wird ebenfalls bereits die Vorbereitungen zu der Durchbohrung der Alpa getroffen. Die Simplonstrafe ist wohl die schönste Alpenstraße. Sie steigt ständig fast an und ist mit großem Kostenaufwand von Napoleon in ihrer jetzigen Gestalt hergestellt worden, das heißt aere Italico, mit italienischem Geld. Bald wird aber der letzte Abschnitt dieser Route wie die letzte Gotthardbahn nur noch die Anstichspalten sichern; denn der Tunnel muß sich endlich seiner Vollendung. Sie wird mit Schweizeren herbeigeführt. Es waren nicht nur unwohrgesehene technische Schwierigkeiten zu überwinden, sondern auch die Arbeiter gaben oft zu Belorquissen Anlaß. Noch heut hört man immer wieder von geplanten Ausständen, die den Abschluß des Werkes unmöglich